

Für Halle vierteljährlich bei postmaliger Anweisung 2,50 M., durch die Post 2,75 M., anst. d. Buchhandlungsbücher. Bestellungen werden von allen Buchhandlungen angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Bezugspreis unter "Saale-Zeitung" eingetragen. Für unbesagte eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Abdruck nur mit Genehmigung: "Saale-Ztg." gestattet. Geschäftsleiter der Redaktion: Dr. 1140; der Druckerei: Dr. 1183; der Buchhandlung: Dr. 1184; Straße 63, I., Telefon Nr. 591 u. 178.

Saale-Zeitung.

Dreihundertzweiter Jahrgang.

wenden die Saalezeitung oder deren Raum mit 20 Bg., welche aus Halle mit 20 Bg. bezahlt, und in der Geschäftsstelle, St. Ulrichstraße 63, I. sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Resten die Seite 75 Pf. für Halle und außerhalb 1 M. Ercheinert täglich einmal, Sonntags und Montags einmal. Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, St. Paulusstraße 17; Nebengeschäftsstelle, Markt 24; Anzeigen-Geschäftsstelle: St. Ulrich, Straße 63, I., Telefon Nr. 591 u. 178.

Nr. 527.

Halle a. S., Mittwoch, den 10. November.

1909.

Das Ende der konservativen Machtstellung.

(Die Agrarier auf absteigender Linie.)

Es ist zu beklagen und sie in Zukunft zu vermeiden suchen, ist ehrenhaft und stets als eine echt konservative Pflicht angesehen worden. Aber im Bisherigen war vor Gegnern zu erscheinen, die uns recht viele schwere Verletzungen abgibt hätten, und ihnen zu versichern, daß sie im Recht gewesen wären, das ist eine Zumutung, die selbst nicht von den schärfsten Gegnern an eine Partei gestellt werden kann.

So schreibt die „Kreuzzeitung“ in einem von uns in voriger Nummer bereits kurz zitierten Artikel, in dem sie die angeblich von liberaler Seite gestellte Zumutung, daß die Konservativen sich wegen ihrer Fehler in der Finanzreform vor der linken demütigen sollten, und auch den Vorstoß der konservativen „Reichsboten“, daß sie sich nachträglich zu einer Reichserblichkeitsreform bekehren und sie selbst vorzuschlagen sollten, als Zumutung eines Selbstmordes admett. Aber der größere Teil dieses Artikels, der die Ueberlieferung trägt: „Schluß der Verbitterung“, plädiert unter diesem Hinweis auf die von der wachsenden Sozialdemokratie drohenden Gefahren für eine Wiederannäherung der bürgerlichen Parteien an ein Gebot bitterer Notwendigkeit. Die nationale Sache verlange, daß mit den gegenseitigen Vorwürfen ein Ende gemacht werde. Aus der gegenseitigen Beschuldigungen und Vorwürfen komme nichts heraus, als eine allgemeine Diskreditierung des deutschen Parteiwesens zugunsten der Sozialdemokratie. Mit einer den letzten programmatischen Reden Bülows entsetzten Wendung schreibt die „Kreuzzeitung“ weiter:

Wir sind davon überzeugt, daß die grundsätzliche Ausprägung des Liberalismus aus unserer Gesellschaft ein schweres laasamännisches und politisches Zeichen sein würde, so dürfte man auch auf liberaler Seite die Notwendigkeit solcher positiven Einflusses auf den Gang unserer Politik nicht leugnen. Ganz naturgemäß als wird, wie dies in den Jahrzehnten nach der großen liberalen Wende der Fall war, die Rechte mit der Linken zu politiver Tätigkeit von Fall zu Fall sich zusammenfinden — trotz aller Gegenströmung. Deshalb sollte man die durchsichtige Notwendigkeit zu diesem entscheidenden Zustand nicht erschweren und nicht immer wieder die an sich schon breite Kluft zwischen rechts und links noch zu erweitern suchen. Was gelangt werden mußte, ist von allen Seiten mit genügender Deutlichkeit und Schärfe ausgesprochen worden. Nun scheint es uns an der Zeit zu sein, daß damit endlich Schluß gemacht wird. Die Parteien haben unferes Meisters wichtigeres und erspriehlicheres zu tun, als sich noch weiter zur Freude und zum Vorteil der Sozialdemokratie gegenseitig herabzusetzen.

Es mag der „Kreuzzeitung“ ernst sein mit diesen Vorwürfen und Annäherungsversuchen, denn sie erklären sich, von allen anderen Gründen abgesehen, schon durch die recht unangenehme Lage, in der sich die konservative Partei im Lande seit der Entscheidung über die Finanzreform und Bülows Rücktritt befindet. Es würde diese innere Lage der Partei, die den Führern manche Sorge macht, einigermassen erleichtern, wenn sie darauf hinweisen könnte, daß die Brücken zu den bürgerlichen Parteien der Linken nicht ganz abgebrochen seien, und es würde namentlich einem großen Teil der früheren konservativen Anhänger beruhigend klingen, deren Unwille gegen die Fraktionspolitik zum guten Teil darauf beruht, daß die Konservativen im Reichstag mit dem Zentrum gemeinsame Sache gemacht und diesem zu Lieben den Bodgesprengt haben. Wir glauben aber, schreibt sehr richtig die „Kreuzzeitung“, die Ueberbrückung des Risses, der durch die letzte Reichstagsession zwischen Rechts und Links entstanden ist, heißt sich die „Kreuzzeitung“ viel zu leicht vor. Auch wenn eine nennenswerte Zahl von Zeitungen auf die Fortsetzung der direkten Polemik über das, was sich bei der Finanzreform abgemacht hat, verzichten wollte, und selbst wenn sich Parteien oder Parteiführer finden, die darauf einigem, ein weiteres Zusammengehen mit der Rechten vorzubereiten, die Wähler im Lande würden ihnen nicht mehr folgen.

Die rücksichtslose, entschlossene Taktik, zu der Herr von Seydewitz und der Bund der Landwirte die konservative Reichstagsfraktion nicht ohne hartes Widerstreben anlehnlicher Teile fortgerissen hat, hat weiten Bevölkerungskreisen nicht nur auf der Linken, sondern auch in sonst konservativen Kreisen und unter den politischen Sturz recht augenfällig gemordenen Akte die wirtschaftliche Selbstsucht und die politische Herzlosigkeit der maßgebenden preußischen Konservativen so eindringlich zum Bewußtsein gebracht, daß die daraus entstehende Stimmung und Bewegung auf absehbare Zeit weder durch eine Welle, die das unternehmen wollte, noch durch Parteiführer mit meist hart gesunkenem Kredit zum Stillstand gebracht

oder rückgängig gemacht werden könnte. Der politische Instinkt der Konservativen hat sie diesmal im Stich gelassen, und Herr v. Seydewitz, der kluge und hartnäckige Führer, dürfte längst eingesehen haben, daß er die Folgen seiner Politik nicht vorausgesehen hat, und daß nicht er, sondern Bülow Recht behält hat mit dem, was er zuletzt machend und warnend und zornig den Konservativen vorkieft. Der Ausgang des Kampfes um die Finanzreform wird, darauf deuten selber alle Anzeichen hin, in einem die Erwartungen der einen und die Befürchtungen der anderen übersteigendem Grade der Ausgangspunkt neuer politischer Entwicklungen, und man kann ohne übertriebene Optimismus sagen, der Wendepunkt für die seit 30 Jahren bestehende Vorherrschafft der Konservativen und des mit ihnen verbündeten Agrariertums werden.

Deutsches Reich.

Ein konservativer Gehartikel.

Die „Allg. Evangel.-luth. Kirchenztg.“ sucht dem König von Preußen und Herrn v. Bethmann-Hollweg klar zu machen, daß sie, trotz des Verprechens in der Thronrede, keineswegs genehmigen seien, die Wahlreform in Angriff zu nehmen. In Wendungen, die entschieden mehr jesuitisch als lutherisch anmuten, schreibt dieses Organ:

Jedenfalls wird aber der Kaiser, so wie wir ihn kennen, sich hüten, alzu eilig den Wahl reform einzuführen, den Fürst Bülow in der Wahlsprechstunde der Linken ausgesprochen hat. „Aber der Kaiser hat sein Wort dafür verpönt!“ schreiben die Blätter der Linken. Je nun, die Thronrede — die ist gemeint — ist ein Regierungskakt, sein persönliches Wort; sie wird vom preussischen Staatsministerium verfaßt und vom König bloß verlesen, und in der Praxis ist es so gewesen, daß der Ministerpräsident Fürst Bülow mit dem fertigen Entwurf in der Tat zu seinen Kollegen kam, ihn nach kurzer Beratung annehmend ließ und dann sich eine ungemünzte Wirkung von dieser „liberalen“ Tat versprach. Die Wirkung in der Presse ließ in seinem Sinne auch nichts zu wünschen übrig, aber man darf eben die Presse nicht für das genaue Spiegelbild des Volkswillens halten, denn die Linke hat im Verhältnis weit mehr große publizistische Organe, als weilsche Herrschaft in den Wählermassen. Wäre das Verhältnis keine Täuschung, so müßten wir ja im Reichstage mindestens hundert freisinnige Abgeordnete haben. Geplant ist nun in Preußen, der vorjährigen Thronrede zufolge, ein Wahlrecht, das ebenso wie das neue schließliche auf dem Mehrstimmensystem beruht; aber eben diese Willkürlichkeit werden, ehe man auch nur über die „Enoueten“ hinaus ist, verzeihen vielleicht Jahrzehnte — und inzwischen hat man Zeit, sich zu beruhigen. Eine Wahlrechtsreform, wenn Preußen überhaupt eine bekommt, wird sicherlich nicht mehr in Bethmann-Hollwegs Amtszeit fallen. Er persönlich hat eine Verbeugung vor der Linken in diesem Falle nicht nötig; und insofern wird — die Linke selbst ihm dafür leugnen.“

Es ist nicht klar ersichtlich, ob das kirchliche Blatt wirklich über die Ideen des neuen Kaisers informiert ist, oder ob es sich mit Beziehungen brüht, die es in Wahrheit gar nicht besitzt. Sollte das letztere der Fall sein, wird Herr v. Bethmann-Hollweg gut tun, solche Kompromittierenden Freunde recht bald abzuschießen, denn er wird dann wohl selber einsehen, wie sehr ihm das Geschreibsel dieser Leute schade n muß.

Das bayrische Einkommensteuergesetz.

Aus München wird der „Kön. Ztg.“ geschrieben: Wenn das neue Einkommensteuergesetz, also der Kern der ganzen bayrischen Steuerreform, vom Plenum des Landtages mit nahezu allen sonstigen gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen worden ist, so entspricht dies der Auffassung, daß das Gesetz trotz mancher Mängel doch gegenüber den früheren Zuständen einen wesentlichen Fortschritt bedeutet. Dem haben mit Ausnahme der beiden jungliberalen Abgeordneten Süß und Dr. Thoma alle Mitglieder der liberalen Landtagsfraktion durch ihre zustimmende Botum Rechnung getragen, obwohl meißens die meisten liberalen Wählerungsanträge von der ultramontanen Kammermehrheit undweg abgelehnt worden waren. Ueber die Steuerpflicht der Minister des königlichen Hauses hat ja auch wohl im liberalen Lager keine Einkimmigkeit geherrscht. Aber bedauerlich bleibt es auch schon mit Rücksicht auf das Landtagswahlrecht, daß die Liberalen mit ihrem Antrag, das steuerfreie Existenzminimum von 300 Mark auf 600 Mark heraufzusetzen, nicht durchgedrungen sind.

Besseren Erfolg haben die Liberalen hinsichtlich der Abzugsfähigkeit der Lebensversicherungssparnisse bis zu 600 M., hinsichtlich der Doppelbesteuerung bei Gesellschaften sowie hinsichtlich der Rücknahmefähigkeit auf größeren oder kleineren Anleihen gehabt. Das ablehne Botum der Abgeordneten Süß und Dr. Thoma entspricht der Stellung, welche die Jungliberalen in ihrem Willen mit den Nationalliberalen zur Steuerfrage eingenommen haben, und mit der sie innerhalb des liberalen Liberalismus einschließlich der Demokraten, vereinigt dastehen. Daß die

Reichstagskammer wesentliche Änderungen an dem neuen Einkommensteuergesetz vornehmen sollte, ist nicht wohl anzunehmen. Ganz ohne Veränderungen wird es allerdings nicht abgehen, und vielleicht dürfte bei diesem Anlaß dieser oder jener unter den abgelehnten liberalen Anträgen wieder aus der Verenkung auftauchen. In erster Linie gilt dies für das steuerfreie Existenzminimum.

Vom Arbeitshammergesetz.

Die Wiedereinbringung des Entwurfs für ein Arbeitshammergesetz in der nächsten Tagung des Reichstages bildet, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, noch den Gegenstand von Erwägungen an den zuständigen Stellen. Falls sich die Reichsregierung zu einer neuen Vorlage entschließt, so dürfte sie aber frühestens in dem ersten Monat des nächsten Jahres eingebracht werden. Denn der laufende Monat ist im Bundesrat durch die Staatsberatungen so in Anspruch genommen, daß für Gesetzentwürfe größerer Umfangs keine Zeit zur Verfügung steht. Bekanntlich ist der letzte Entwurf im Januar dieses Jahres einer Kommission zur Vorberatung überwiesen, die ihn in 16 Sitzungen erledigte und einen eingehenden schriftlichen Bericht über ihre Beratungen erstattete. Daß dieser Bericht, in dem die Stellungnahme der einzelnen Parteien zu dieser vielumstrittenen sozialpolitischen Vorlage zum Ausdruck kommt, in den Beratungen des Bundesrats Berücksichtigung finden wird, ist als sicher anzunehmen.

Ueber die Frage des Strafvollzuges.

werden falsche Meldungen verbreitet. Es ist vor allen Dingen unzutreffend, daß ein Entwurf im Reichsjustizamt ausgearbeitet wurde oder wird. Richtig ist lediglich, daß im Reichsjustizamt seit Jahren hierfür Material gesammelt wird. Daß die Angenehmheit in absehbarer Zeit nicht reichsrechtlich geregelt werden kann, geht aus der Tatsache hervor, daß bisher noch erste Zweifel bestehen, ob das Reich überhaupt auf diesem Gebiet zuständig ist. Die vom Bundesrat vor einigen Jahren aufgestellten einheitlichen Gesichtspunkte für den Strafvollzug hatten lediglich die Bedeutung von Richtlinien, die für die Einzelstaaten keineswegs bindend waren. Dazu kommt, daß nicht einmal im führenden Staate Preußen der Strafvollzug bisher einheitlich geregelt ist, sondern vom Justizministerium und vom Ministerium des Innern nach verschiedenen, teilweise erheblich voneinander abweichenden Grundrissen gehandhabt wird. Außerdem ist nicht zuletzt die Regelung des Strafvollzuges eine Geldfrage, die erheblich ins Gewicht fällt, denn keine einheitliche Regelung würde nicht nur dem Reiche, sondern auch den Einzelstaaten viele Millionen Kosten verursachen.

Aus den Kolonien.

Die Baumwollkultur.

(Eine Rede Dernburgs.)

Nachdem Staatssekretär Dernburg bei dem Bankett der Liverpooler Handelskammer abermals Besichtigungen der freundschaftlichen Gefühle der Deutschen für das englische Gemeinwesen gesehen und dem vorbildlichen Vorgehen der Liverpooler durch Errichtung ihrer Schule für tropische Medizin beneideter Anerkennung gewollt hatte, beehrte er über die nach diesem Muster geschaffenen deutschen Institute sowie über den wirtschaftlichen Stand der deutschen Kolonien und wendete sich hierauf der Baumwolle zu.

Dernburg teilte mit, daß ihm seine Prüfung in den Baumwollstaaten Amerikas zwei ihm keine Verhinderung aufzählen beständig habe. Die eine sei die, daß die Vereinigten Staaten nicht genug Baumwolle für die Bedürfnisse der Welt bauten und daß sie, ganz abgesehen von einer zeitweiligen Verringerung des Anbaus zur Erzielung höherer Preise ihre Baumwolle zu teuer produzierten. Der Mangel an Kapital und geeigneten Arbeitskräften mache es ihm zweifelhaft, ob in nächster Zeit ein beträchtliches Wachstum der Ernte oder eine besriedigende Abnahme im Preise stattfinden würde. Der Baumwollanbau in den deutschen Kolonien gehe vorwärts. Obwohl bis zum Jahre 1901 nicht ein einziger Ballen Baumwolle aus Deutsch-Ostafrika exportiert wurde, seien im vorigen Jahre 3000 Ballen von dort ausgeführt und in diesem Jahre 1800 Fellen Land in Baumwollkultur genommen werden. 200.000 Acres aber würden für den Anbau vorbereitet. Alles aber, auch was England und Deutschland in ihren Kolonien in der Baumwollproduktion bisher geleistet, ist sehr gering gegenüber dem Umfange, daß der Verbrauch der Welt 16 Millionen Ballen jährlich beträgt. Es sei jedoch kein Grund vorhanden, daß dort, wo 5000 Ballen gewonnen werden, nicht auch hundertmal mehr erzeugt werden könnten, wenn tüchtiger, geeigneter organisierte Arbeitskräfte und eine hinreichende Anbaufläche vorhanden seien. Bei einem Weltverbrauch von 16 Millionen Ballen mache ein Preisunterschied von einem Penny pro Hund 32 Millionen Hund Sterling im Jahr aus. Er habe sich daher zur Aufgabe gestellt, die Beschaffung darauf aufmerksam zu machen, daß es äußerst wichtig sei, mit dem Anbau von Baumwolle in den Kolonien nicht länger zu zögern. Er sei für die energetische Förderung dieses Werkes, das eines der größten der Zivilisation sei, Er könne, soweit seine Amtswürde reiche, vergrößern, daß deutsche Spinn- und Webwerke reiche, der Seite mit den Britischen in Erfüllung dieser Aufgabe mitwirken würden. Er habe in der Africa Society in London eine Gelegenheit gehabt, für die er dankbar sei, über die

